

Textliche Festsetzungen

zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 69474/02

Arbeitstitel: Deutz-Mülheimer Straße in Köln-Mülheim

A TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

1. Art der baulichen Nutzung

1.1. Wohnen

Im Geltungsbereich des vorhaben bezogenen Bebauungsplanes sind im Bereich Wohnen nur Wohnnutzungen zulässig.

In Wohnungen sind Räume für die Berufsausübung freiberuflich Tätiger und solcher Gewerbetreibender, die ihren Beruf in ähnlicher Art ausüben (gemäß. § 13 BauNVO) zulässig.

Im Erdgeschoss ist ein Laden mit einer maximalen Gesamtverkaufsfläche von 40 m² zulässig.

1.2. Gewerbegebiet – (GE)

Gemäß § 1 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauNVO wird das GE-Gebiet auf der Grundlage der Abstandsliste zum Abstandserlass des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Nordrhein-Westfalen vom 06.06.2007 (MBL. NRW. 2007 S. 659) wie folgt gegliedert:

Nicht zulässig sind Betriebsarten der Abstandsklassen I - VII sowie Betriebsarten mit ähnlichem Emissionsverhalten.

Ausnahmsweise sind Anlagen der Abstandsklasse VII der Abstandsliste zulässig, wenn im Einzelfall nachgewiesen wird, dass durch besondere technische Maßnahmen oder durch Betriebsbeschränkungen – Verzicht auf Nacharbeit – die Emissionen der Anlagen soweit begrenzt werden, dass schädliche Umwelteinwirkungen für die benachbarten Wohnnutzungen vermieden werden.

Gemäß § 1 Abs. 5 BauNVO sind im GE-Gebiet die allgemein zulässigen Tankstellen nicht zulässig.

Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO sind die im GE-Gebiet ausnahmsweise zulässigen Vergnügungsstätten nicht zulässig.

Gemäß § 1 Abs. 5 i. V. m. Abs. 9 BauNVO sind im GE-Gebiet Bordelle und bordellartige Betriebe unzulässig.

Gemäß § 1 Abs. 5 i. V. m. Abs. 9 BauNVO sind im GE-Gebiet Einzelhandelsbetriebe unzulässig.

Zulässig sind -abweichend von der vorstehenden Regelung- Verkaufsstellen, die in unmittelbarem betrieblichen Zusammenhang mit Handwerks- und produzierenden Betrieben stehen und baulich untergeordnet sind.

Die Stadt Köln geht davon aus, dass eine baulich untergeordnete Verkaufsstelle nicht mehr als 15 % der genehmigten Geschossfläche ausmachen kann und nicht größer als 100 m² ist.

2. Maß der baulichen Nutzung

2.1. Erdgeschossfußbodenhöhe

Gemäß § 9 Abs.3 in Verbindung mit § 16 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO ist für den Bereich "Wohnen" die Oberkante des Erdgeschossfußbodens auf mindestens 47,5 m ü. NHN festgesetzt.

1.3. Dachaufbauten und Absturzsicherungen im Bereich "Wohnen"

Gemäß § 16 Abs. 6 BauNVO können die festgesetzten Gebäudehöhen durch untergeordnete Bauteile bzw. bauliche Anlagen - z. B. Antennen, Aufzugsüberfahrten, Kamine, Lüftungseinrichtungen, Oberlichter - auf den baulich zugeordneten Dachflächen überschritten werden. Das höchstzulässige Maß der Überschreitungen beträgt 3,0 m in der Höhe. Der Flächenanteil der Überschreitungen je Dachfläche darf insgesamt 25% nicht übersteigen.

Die Dachaufbauten müssen mindestens um das Maß ihrer Höhe von der Gebäudeaußenwand des obersten Geschosses zurücktreten.

1.4. Lage der Gebäudekörper

Die ausgewiesenen Gebäudekörper des Vorhaben- und Erschließungsplans (VEP) können in der Lage bis zu den festgesetzten Baugrenzen abweichen. Die Ausdehnung der Gebäudekörper kann von den ausgewiesenen Außenkanten jeweils um bis zu 1,5 m vergrößert und/oder verkleinert werden, wenn die festgesetzten Baugrenzen nicht überschritten werden.

2. Stellplätze, Garagen und Zufahrten

2.1. Stellplätze und Garagen

Gemäß § 12 Abs. 4 Satz 2 BauNVO sind im Bereich "Wohnen" Stellplätze und Garagen nur unterhalb der Geländeoberfläche zulässig.

Gemäß § 12 Abs. 4 Satz 2 BauNVO sind im GE-Gebiet Garagen nur unterhalb der Geländeoberfläche und innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. Stellplätze sind innerhalb der Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern nicht zulässig.

2.2. Bereiche mit Ein- und Ausfahrt

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB wird festgesetzt, dass Zufahrten ausschließlich in den mit Einfahrt- und Ausfahrtbereich festgesetzten Bereichen zulässig sind.

3. Nebenanlagen

Gemäß § 14 Abs. 1 Satz 3 BauNVO wird festgesetzt, dass in dem mit "Wohnen" festgesetzten Gebiet für die Teilfläche zwischen dem geplanten Wohngebäude und der "Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen" (private Gärten entlang der Südseite des Wohngebäudes) Nebenanlagen unzulässig sind.

4. Immissionsschutz

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB sind passive Schallschutzmaßnahmen entsprechend den in der Planzeichnung dargestellten Lärmpegelbereichen an den Außenbauteilen von Aufenthaltsräumen nach "DIN 4109 Schallschutz im Hochbau, Ausgabe Nov. 1989 zu erwerben bei der Beuth-Verlag GmbH, Berlin" zu treffen. Bei der Umsetzung der Schallschutzmaßnahmen ist eine ausreichende schallgeschützte Belüftung der Schlaf- und Kinderzimmer sicherzustellen. Dabei ist das geforderte Schalldämmmaß auch mit Lüftung einzuhalten.

Die Minderung der zu treffenden Schallschutzmaßnahmen ist im Einzelfall zulässig, sofern im Baugenehmigungsverfahren anhand einer schalltechnischen Untersuchung niedrigere Lärmpegelbereiche an einzelnen Gebäudeteilen oder Geschossebenen nachgewiesen werden.

5. Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern

Gemäß § 9 Abs.1 Nr. 25 a BauGB wird im Bereich "Wohnen" festgesetzt, dass innerhalb der Anpflanzfläche eine durchgängige Laubholzhecke einer Pflanzenart (BD3 (GH412)) zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten ist.

Gemäß § 9 Abs.1 Nr. 25 a BauGB wird für das GE-Gebiet festgesetzt, dass innerhalb der Anpflanzfläche Strauchgruppen (BB1 (GH 51)) mit überwiegend heimischen Straucharten zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten sind.

Hinweis: Die vorgenannten Begrünungsmaßnahmen erfolgen gemäß den Grundsätzen zur gestalterischen Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen gemäß den Biotoptypen der Anlage zur Satzung der Stadt Köln vom 29.11.2000 zur Erhebung von Kostenerstattungsbeiträgen nach § 135 a-c BauGB. Die betreffenden Grundsätze (Qualitätsmerkmale) sind als Kürzel mit der Festsetzung gekennzeichnet.

6. Stromleitungen

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB sind im gesamten Planbereich Führungen von Versorgungsleitungen (z. B. Stromversorgung und Telekommunikation) nur unterirdisch zulässig.

B KENNZEICHNUNG

Altlastverdachtsfläche nach § 9 Abs. 5 Nr. 3 BauGB

Im Bereich der gemäß § 9 Abs. 5 Nr. 3 BauGB gekennzeichneten Fläche aus dem Altlastenkataster der Stadt Köln mit der Nummer 901231 ist die Aufnahme von Abriss-, Aushub- und Bauarbeiten vor Beginn dem Umwelt- und Verbraucherschutzamt – Abteilung Boden- und Grundwasserschutz – der Stadt Köln anzuzeigen. Die Anforderungen des § 12 der Bundesbodenschutzverordnung (BBodSchV) sind zu beachten. Die Einzelheiten regelt die jeweils erforderliche Baugenehmigung.

C NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME

Einzeldenkmal

Das gemäß § 9 Abs. 6 BauGB gekennzeichnete Gebäude im Plangebiet steht unter Denkmalschutz. Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler im Lande Nordrhein-Westfalen (Denkmalschutzgesetz – DSchG).

D HINWEISE

Rechtsgrundlagen

Es gilt das Baugesetzbuch (BauGB) vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung.

Es gilt die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (Bundesgesetzblatt I. S. 132).

Es gilt die Planzeichenverordnung (PlanzV) vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58).

Innerhalb des Plangebietes bestehende Rechtssetzungen aufgrund des Preußischen Fluchtliniengesetzes, des Aufbaugesetzes NW, des Bundesbaugesetzes oder des Baugesetzbuches treten mit der Rechtsverbindlichkeit dieses Planes außer Kraft.

Hochwasserschutz

Teile des Plangebietes liegen im Überschwemmungsgebiet des 100-jährlichen bzw. 200-jährlichen Hochwasserereignisses des Rheins (entsprechend 11,30 m bzw. 11,90 m am Kölner Pegel). Bei der Planung von technischen Versorgungseinrichtungen sind die Auswirkungen von aufsteigendem Grundwasser sowie einer Überflutung zu berücksichtigen.

Bei einem 200-jährlichen Hochwasser können im Bebauungsplan Bereiche durch aufsteigendes Grundwasser überflutet werden. Zur Schadensvermeidung von möglicherweise eindringendem Grundwasser ist es erforderlich, in den Gebäuden Objektschutz bis mindestens 47,5 m über Normal Höhe Null (NHN) herzustellen. Das heißt z. B. Öltanks, Gasuhren, Heizung, Strom- und Telefonversorgung sind entsprechend hochwassersicher zu installieren.

Damit Gebäude im Plangeltungsbereich gegen diese Überflutung weitestgehend geschützt sind, wird im gesamten Bebauungsplangebiet die Erdgeschossfußbodenhöhe auf mindestens 47,5 m über NHN festgesetzt.

Der Ausschluss von Kellern ist im Bebauungsplan auf der Grundlage des BauGB nicht möglich. Dennoch erscheint es wegen der Grundwasserproblematik sinnvoll, auf einen ausgebauten Keller zu verzichten. Gleichzeitig wird auf die besondere Bauweise für Keller und die Gefahren durch Überflutung und Auftrieb der Gebäude bei Hochwasser hingewiesen.

Boden

Die Bestimmungen des Bundes-Bodenschutzgesetzes, der Bundes-Bodenschutzverordnung und Altlastenverordnung und des Landesbodenschutzgesetzes NRW sind zu beachten.

Kampfmittel

Das Plangebiet liegt in einem Bombenabwurfgebiet. Vor der Aufnahme von Bauarbeiten ist eine geophysikalische Untersuchung der zu überbauenden Flächen durchzuführen – in Abstimmung mit dem Kampfmittelbeseitigungsdienst der Bezirksregierung Düsseldorf unter der Benennung des Aktenzeichens 22.5-3-5315000-272/09 sowie der Bebauungsplannummer. Bei zusätzlichen Erdarbeiten mit erheblichen mechanischen Belastungen wie Rammarbeiten, Pfahlgründungen etc. sollte eine Sicherheitsdetektion erfolgen.

Luftschadstoffe

Das Plangebiet ist durch Blei im Staubbiederschlag vorbelastet. Eine direkte Gesundheitsgefährdung besteht nicht.

Bauschutzbereich des Verkehrsflughafens Köln/Bonn

Das Plangebiet liegt im Bauschutzbereich des Verkehrsflughafens Köln/Bonn.

Sanierungsgebiet

Der in der Planzeichnung mit "Sanierungsgebiet" dargestellte Bereich ist Teil des Sanierungsgebietes "Rheinboulevard Mülheim-Süd mit Grünzug Charlier".

Lärmvorbelastung

Das Plangebiet ist erheblich durch Straßen- und Flugverkehrslärmimmissionen sowie durch Einwirkungen von Lärmimmissionen aus der Schifffahrt und gewerblicher Tätigkeit vorbelastet.

DIN-Vorschriften und sonstige außergesetzliche Vorschriften

DIN-Vorschriften und sonstige private Regelwerke, auf die in der Bebauungsplanurkunde verwiesen wird, finden jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung Anwendung. Sie werden beim Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster der Stadt Köln, Plankammer, Zimmer 06.E 05, Stadthaus, Willy-Brandt Platz 2, 50679 Köln, während der Öffnungszeiten zur Einsichtnahme bereitgehalten.